

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

57 (8.3.1920)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 S Zustellgebühr; ab 1.50 M in der Geschäftsstelle und in Ablagen 2.- M; am Posthalter 2.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelheft 15 S. Ausgabe: Verlag mittags; Geschäftszeit: 10-12 und 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spaltige Ko'one'zeile ober deren Raum 50 S, Restlinien 150 M. Lokalanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

### Große Ungehörigkeiten nationalistischer Narren.

BERLIN, 8. März. In einem schweren Zusammenstoß kam es in der vergangenen Nacht im Hotel Adlon zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, einem Sohn des Königs Albrecht, sowie anderen deutschen Gästen und drei Mitgliedern der französischen Militärmission. Als die Kapelle „Deutschland, Deutschland über alles“ spielte, erhoben sich die deutschen Gäste, während die Franzosen sitzen blieben. Der Prinz, der bereits einige Gläser Wein getrunken hatte, forderte die Franzosen zum Aufstehen auf. Da dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, warfen der Prinz und andere Gäste Blumenvasen, Gläser und andere Gegenstände nach den Franzosen. Es kam zu Tätlichkeiten, bei denen die französischen Herren Verletzungen davontrugen. Der Prinz wurde aus dem Hotel entfernt. Der Vorfall wird jedenfalls noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Berlin, 8. März. Ohne Unterschied der Parteilichung bedauern alle Morgenblätter den Ertrag im Adlon-Hotel. Der „Vorwärts“ schreibt, daß es in einer Berliner Arbeiterwirtschaft nicht zu einem solch widerwärtigen Stambul hätte kommen können.

BERLIN, 8. März. Der Reichswehrminister hat verfügt, daß Prinz Joachim Albrecht von Preußen und Mitstreifer v. Platen, der gleichfalls an dem Zwischenfall im Hotel Adlon beteiligt war, vorläufig in Schußhaft genommen werden.

Prinz Joachim von Preußen bestreitet telefonisch dem „Vorwärts“ gegenüber, daß er in der gemeldeten Weise am Vorfall beteiligt gewesen sei. Er habe in Gesellschaft anderer Persönlichkeiten in einer Ecke gesessen und habe den Verlauf des Zwischenfalles nicht einmal verfolgen können, weil zwischen seinem Tisch und dem Tisch der französischen Gäste eine große Anzahl Personen sich aufgestellt hatte. Auch habe er keinerlei Gegenstände geworfen.

Es wäre gut, wenn bei dem in Aussicht gestellten gerichtlichen Nachspiel Sr. Durchlaucht samt hochberedeten Sauffumpanen ein gehöriger Denkfleiß gegeben würde, als Ersatz für den eigenlich richtigen Denkfleiß, nämlich eine Tracht Prügel. Man sieht aber auch an diesem Namen-Stimmungsstückchen, ganz abgesehen von dem Zusammenstoß, wie sehr den Nationalisten bereits der Kamm geschwollen ist. Es muß hier mal ein Exempel statuiert werden. Das deutsche Volk will in seiner überwiegenden Mehrheit von den nationalistischen Herrschaften nichts wissen und lehnt es ab, ideell und de facto die Kosten für deren Ungehörigkeiten zu tragen.

### Die Reichstagswahlen im Herbst.

Wie aus Berlin berichtet wird, haben sich das Reichskabinett und die Wehrheitsparteien dahin entschieden, daß die Wahlen erst im kommenden Herbst stattfinden sollen. Ausdrücklich ist für diesen Beschluß die Verhältnisse in den Abstimmungsgebieten gewesen. Würde im Frühjahr gewählt, so müßte zunächst die Frage gelöst werden, was in den Abstimmungsstellen Österreichs und was in Oberösterreich geschehen soll, will man die Reichsangehörigen dieser Gebiete ihres Wahlrechts berauben oder welche Möglichkeit besteht, daß der Wahlkampf dort unbeeinträchtigt und frei durchgeführt werden kann.

### Deutschnationale Propaganda für Hindenburgs Präsidentschaftskandidatur.

Berlin, 6. März. Deutschnationale Zeitungen kündigen ihnen demnächst erscheinenden Aufsatz zur Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten an. Diese Zeitungen protestieren gegen die angeblich bestehende Absicht, die Wahl des Reichspräsidenten, nicht einer allgemeinen Volksabstimmung, sondern den gesetzgebenden Körperschaften zu übertragen.

Hindenburgs Popularität in gewissen deutschen Bevölkerungsteilen soll für die kontrerevolutionären Zwecke ausgenutzt werden. Daß Hindenburg im Kriege politisch total verfaßt hat, geniert die Reaktionsäre natürlich nicht; im Gegenteil, sie werden ihn umso leichter beherrschen. Im übrigen ist Hindenburg für sie eine Verlegenheitskandidatur, der Wahlhalter für einen besonders geeigneten reaktionären Mann oder, wie manche träumen, für den kommenden Monarchen. Aber das muß man den Reaktionsären lassen: sie arbeiten methodisch und nicht ungeschickt.

### Der Reichszentralrat über den Wiederaufbau.

Budapest, 8. März. Wie das Ung. Tel.-Norr.-Büro meldet, äußerte sich Reichszentralrat Bauer gegenüber dem Berichterstatter des „Refter Lloyd“ über den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Nordfrankreichs, die deutsche Regierung habe nach Übernahme der Verpflichtung, an dem Wiederaufbau sich zu beteiligen, nach Paris Delegierte entsandt, um dort Einzelheiten in dieser Frage zu besprechen. Eine andere Schwierigkeit ist die Belieferung Frankreichs mit den für den Wiederaufbau notwendigen Baumaterialien. Diese Frage steht im engsten Zusammenhang mit der Kohlenfrage. Der Reichszentralrat hofft, daß die Verhandlungen in diesem heißen Punkt, der zwischen beiden Ländern noch immer eine Atmosphäre von Mißtrauen erzeugt hat, dieses beseitigen werde.

### Eine Kundgebung in München.

MÜNCHEN, 7. März. Heute mittag fanden vor der Feldherrnhalle und auf dem Lenbachplatz Kundgebungen statt, die sich hauptsächlich gegen die Ausbeutung der Bevölkerung durch Schieber, Wucherer und ausländische Juden richteten. Die demonstrierende Menge begab sich vor das Ministerium des Innern. Abteilungen der

Polizei und Truppen der Reichswehr stellten sich ihnen entgegen und räumten den Platz, nachdem Vorstandsmitglieder vom Deutschösterreichischen Schutz- und Trutzbündnis, die inzwischen beim Minister Endres vorzeitig erschienen waren, beruhigende Erklärungen abgegeben hatten.

(Es scheint sich in diesem Falle weniger um eine Kundgebung gegen Wucherer und Schieber, wie um einen antikemittlerischen Schutz- und Trutzbund zu handeln. Schieber und Wucherer schreibt man und die Juden meint man, als ob die Christen weniger Talent zum Wuchern und Schieber hätten. Der Krieg hat es wahrlich deutlich genug gezeigt, daß das ganze Antikemittlergeschwätz vom angeblichen Wuchergeist der Juden Lug und Trug ist. Die Jogen. Christen haben sich durchaus nicht als die Besseren erwiesen, sonst müßten die Bauern beispielsweise lauter Engel sein. D. Red.)

### Die Papiernot der Presse.

Aus Berlin wird berichtet: Unter dem Vorhild des Reichswirtschaftsministers Schmidt fand im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung mit den Vertretern der Länder statt, die sich mit Maßnahmen zu einer Berichtigung der Zeitungspreise befaßte. Minister Schmidt wies auf die außerordentliche politische Bedeutung der Aktion hin, welche eine Katastrophe für die Presse abzuwenden solle. Es wurde beschlossen, daß die Länder in kürzester Frist der Reichsregierung eine Erklärung zugehen lassen über die Beteiligung an einer Aktion zur Senkung der Preise durch Bewährung von Barzuzahlungen und Bereitstellung von billigem Holz. Nach den Darlegungen des Reichswirtschaftsministers und des Unterstaatssekretärs Hirsch steht zu hoffen, daß die Länder sich zur Teilnahme an den zu treffenden Maßnahmen bereit erklären.

### Eine Amnestie?

Berlin, 6. März. Nach der „Täglichen Rundschau“ hat die interalliierte Kommission einen Gnadenlaß für alle politischen Vergehen verfügt, ebenso für nicht politische Verbrechen, die mit bis zu 6 Monaten Gefängnis und 2000 M Geldstrafe bedroht werden, für Jugenbände und Frauen bis zu einem Jahr Gefängnis und 3000 M Geldstrafe. Es handelt sich hauptsächlich um einfache Diebstähle, Geldsamensverweigerung, Widerstandskräfte gegen Behörden. In Betracht kommen alle vor dem 11. Febr. begangenen Verbrechen.

### Dänische Agitation im Abstimmungsgebiet.

Berlin, 6. März. Der deutsche Ausnahmefür Schleswig teilte mit: Aus verschiedenen Gegenden des deutschen Reiches erhalten wir die Nachricht, daß dänische Agenten, die vor der Abstimmung in der ersten Zone am Werke waren, den in der zweiten Zone stimmberechtigten Deutschen ihre Legitimationspapiere abzulösen, oder sie durch schwindelhaftige Versprechungen an der Reife ins Abstimmungsgebiet zu verhindern suchen. Da es sich bei dem unehrerlichen Tun dieser Agenten um einen ebenso raffinierten wie gewissenlosen Versuch handelt, unter dem Schutz der für Dänemark so günstigen Salva durch gewaltige Geldmittel zahlreich Deutsche von der Ausübung ihres Stimmrechtes abzuhalten, so bitten wir die Behörden und unsere Nordmarkenfreunde dieser Sache die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist erforderlich, daß alle, an die Agenten mit ihrem schamlosen Anerbieten herantreten, diese Agenten festnehmen und ihre Personlichkeit feststellen lassen. Wir können keine deutsche Stimme einschleusen.

### Volksabstimmung über den Völkerbund in der Schweiz.

Bern, 7. März. Die Session der Bundesversammlung wurde am 6. März geschlossen. Die nächste Session beginnt am 19. April.

Der Bundesrat setzte die Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund auf Sonntag, den 16. Mai fest. Auf Grund eines Beschlusses wird der Bundesrat durch den eidgenössischen Gesandten in London am Montag, den 8. März, dem Sekretariat des Völkerbundes eine Erklärung überreichen lassen, daß die Schweiz dem Völkerbunde beitrete und daß die Volksabstimmung am 16. Mai stattfindet.

### Weitere Beitritte zum Völkerbund.

Kopenhagen, 6. März. Die Erste Kammer des schwedischen Reichstages hat mit 86 gegen 47 Stimmen den Beitritt Schwedens zum Völkerbund beschlossen. Da die Vorlage von der Zweiten Kammer bereits angenommen ist, ist der Beitritt Schwedens zum Völkerbund endgültig entschieden.

Kopenhagen, 6. März. In der vorerwähnten Sitzung des Reichstages hat sich Norwegen mit 100 gegen 20 Stimmen für den Beitritt zum Völkerbund ausgesprochen. Dagegen stimmten 18 Sozialdemokraten und vier Bürgerliche. Ein Sozialdemokrat stimmte dem Vorschlag zu.

### Kein allgemeines Wahlrecht in Japan.

Amsterdam, 7. März. Den Blättern zufolge meldet die „Castren Service“ aus Tokio, daß der Ausnahmefür japanischen Unterhaus den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf über das allgemeine Wahlrecht abgelehnt habe, weil nach Ansicht der Volksvertretung die unteren Klassen noch nicht reif seien, sich selbst zu regieren und außerdem die Demokratie keine Gewähr für eine gute Regierung bilde.

### Fluchtversuch Bela Kunns.

Berlin, 8. März. Privat. Der „Berl. Vol.-Anz.“ berichtet aus Wien: In der Nacht zum Samstag versuchten mehrere Männer im Krankenhaus von Stocerau, wo Bela Kunns untergebracht ist, den Wächter zu bestechen, der zum Schein auf ihre Wünsche einging, aber die Gendarmen verständigte. Inzwischen waren die Männer in die Nähe des von Bela Kunns bewohnten Pavillons gekommen. Beim Auslaufen der Gendarmen ergriffen sie die Flucht.

### Um Matthias Erzberger.

Es ist ganz gleichgültig, welches Urteil die fünf Männer fällen werden, die im Helfferich-Erzberger-Prozess die deutsche Gerechtigkeit repräsentieren. Von einigem Interesse kann das gegen die Begründung des Urteils sein, weil sie vielleicht geeignet ist, einen Beweis dafür zu liefern, inwieweit deutsche nationale und kontrerevolutionäre Auffassungen in Richtertreuen Einfluß gewonnen haben. Wir stehen den Leistungen der deutschen Justiz in politischen Prozessen in tiefstem Mißtrauen gegenüber, denn wir haben in einem jahrzehntelangen Kampfe diese Leistungen kennen gelernt. Daß im kaiserlichen Deutschland in politischen Prozessen die Unabhängigkeit der Richter eine schöne Mär war, ist uns drastisch und oft genug bewiesen worden, wie wir auch die Phrase von der Staatsanwaltschaft als der „objektivsten Behörde“ in ihrer ganzen Wichtigkeit erkennen lernen mußten.

Seute, im demokratischen und republikanischen Deutschland, sind erst und in der Tat die Richter auch in politischen Prozessen unabhängig, d. h. unabhängig von jedem Druck der Regierung. Und die fünf Herren in Moabit haben anscheinend großen Wert darauf gelegt, ihre heutige Unabhängigkeit auch deutlich genug zum Ausdruck zu bringen. Das wäre recht schön und gut, wenn nicht während der Prozedur so kleine Erscheinungen zu beobachten gewesen wären, die das neue und schöne Bild zu trüben geeignet sind. Wenn z. B. der Vorsitzende über momentan nicht amfendende süddeutsche Zeugen sich also äußert: „Ja, ja, die Herren Zeugen aus Württemberg! Sie sind wohl Mittageßen gegangen. Die Herren Süddeutschen sind eben gewohnt, etwas besser zu essen als wir. Sie sind wohl Späße essen gegangen?“, so fällt uns ein, daß die also apostrophierten Spätleesser durchgängig nicht im Sinne des Herrn Helfferich ausgesagt haben. Und wir denken schnell noch daran, daß der Herr Vorsitzende eine außergewöhnliche Nachsicht gegen die fein gebügten faulenzenden Weiber an den Tag legte, die stets den Zubehörraum füllten und durch höhnisches Lachen usw. gegen Erzberger Partei nahmen. Das mögen Kleinigkeiten und Nebenächlichkeiten sein, aber gerade wir Sozialdemokraten sind durch eine harte und lange Erfahrung in politischen Prozessen sehr scharfsichtig und hellhörig geworden.

Doch das nur nebenbei. Der von Herrn Erzberger nach Moabit unternommene Ritt und die forensischen Kämpfe vor dem Tribunal haben ihn aus dem Ministerseßel gehoben. Und das bedeutet vor allem auf das lebhafteste, nicht als Liebe zum Zentrum oder zu Herrn Erzberger, sondern als allgemeinen politischen Gründen. Gerade die Gründe, die uns bestimmen, sein Ausscheiden aus der Regierung zu bedauern, sind ihm zum Verhängnis geworden, nachdem er sich in einer Stunde der lokalen Bedienung der gegenwärtigen Situation dazu hat verurteilt lassen, den Rabi gegen Herrn Helfferich anzurufen. Matthias Erzberger hat in den sieben Jahren seiner politischen Tätigkeit so manchen Beschuldigungen und Anwürfen fisch und fest getrotzt, daß er es auch diesmal hätte tun können. Wir wissen nicht, ob die Reichsregierung ihn gedrängt hat, den Weg der Klage zu beschreiten, oder ob Erzberger selbst der Reichsregierung diesen Vorschlag gemacht hat. Hat er ihn selbst gemacht, so war es eine kapitale Dummheit, für die er, der im politischen Leben doch erfahrene, eine empfindliche Strafe verdient hat. Er konnte und er mußte gesehen und gemerkt haben, daß seine haßerfüllten Gegner gerade diesen Schritt von ihm wollen und er konnte auch wissen, nach der heillosen Debe, die seit Jahr und Tag gegen ihn getrieben worden ist, daß Kleingelichte genügen werden, um ihn durch tausende deutscher Preßorgane in der Öffentlichkeit beinahe unmöglich zu machen. Daß sich im Leben eines derart viel beschäftigten Mannes wie Erzberger, der sich schon in allen Gängen der bürgerlichen politischen Betätigung versucht hat, und der leider stets Hans Dampf in allen Gassen pfeifte, Nebenheiten und Widersprüche finden werden, aus denen sich eine Niesenheke entfachen ließ, das hätte Erzberger wissen können.

Er mußte aber weit mehr wissen. So vor allem, daß es seinen Gegnern ja gar nicht an und für sich darum zu tun war, ihn etwa deshalb vernichten zu wollen, weil er in seiner Tätigkeit vielleicht nicht immer Politik und Geschäft so sorgfältig von einander getrennt hat, wie wir Sozialdemokraten z. B. das fordern, sondern daß er lediglich deshalb gestürzt werden sollte, weil er die stärkste Stütze der Koalitionspolitik im Zentrum ist, weil er ehrlich für die Republik und die Demokratisierung eintritt und weil er, und das ist die Hauptsache, dank seiner unermüdbaren Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit, gestützt auf seinen überragenden Einfluß im Zentrum, das Niesenwert der neuen Steuern durchgesetzt hat. Das muß doch auch der politische Gegner offen und ehrlich anerkennen: ohne Erzbergerische Energie und unverwundliche Arbeitskraft, ohne seine Nischenlosigkeit und ohne die in einer ungemein arbeitsreichen parlamentarischen Tätigkeit erworbenen großen Kenntnisse, wäre das Niesenwert der Steuererhebung kaum durchzuführen gewesen. Das wissen die Herrschaften, denen die Erzbergerische Steuererhebung so tief in den Geldbeutel hinein greift, genau und so gut wie wir. Darum der tödliche Haß gegen diesen Mann. Und diese Kreise wußten auch, daß die reaktionären Elemente im Zentrum solange und vorläufig vergeblich gegen die demokratisch gerichtete Politik Erzbergers kämpfen werden, solange man ihm nicht erfolgreich ein Bein stellen kann. Die Versuche, im Parlament mit Erzberger fertig zu werden, sind alle kläglich gescheitert. Da wurde, unterdessen die Debe gegen Erzberger mit den stumpfsten Mitteln weiter geführt wurde, aus Amtstuben und aus Duschden von gelegentlichen Unterhaltungen



Landwirtschaftsstatistik und Siedelungsgezet in Baden.

gr. Der bereits bekannt gegebene Entwurf des Badischen Ausführungsgezetes zum Reichs-Siedelungsgezet enthält in seiner Begründung eine Reihe zahlreicher Überzichten, die von großem öffentlichen Interesse sind...

Die Statistik über die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse in Baden zeigt im Jahre 1907, daß von hundert Betrieben 59 Kleinbetriebe bis 2 Hektar (Bremen: 61,8)...

Nachteilig für die badischen Ernährungsverhältnisse wirkt der überstarke Fortschritt im Baden, mit dem unter Land an der Spitze der deutschen Staaten steht...

So bestehen also in Baden verdrängende Möglichkeiten, um das Ergebnis innerer landwirtschaftlicher Produktion zu erhöhen und weitere landwirtschaftliche Erzeugnisse zu schaffen...

Gemeindepolitik. Tagung des badischen Städteverbandes.

Der Vorstand des badischen Städteverbandes war am Montag in Baden zu einer Sitzung versammelt, in welcher er sich u. a. mit den Satzungen der Handelschule beschäftigte...

pflege im wesentlichen mit dem ersten April ds. Js. einzustellen und von diesem Zeitpunkt ab die Beiträge des Reichs in Wegfall kommen zu lassen...

Das Gemeindefinanzwesen.

Ein Genosse aus Welsch, neureut schreibt uns: Vergangenen Sonntag fanden bekanntlich in unserem Landtagswahlkreis Konferenzen der Gemeindefinanzvertreter statt...

Unsere nächste Gemeindefinanzkonferenz wird sich wohl mit dieser Frage beschäftigen müssen...

Dermerheim, 5. März. Für eine demnächst stattfindende Stammholzerhebung hat der hiesige Gemeinderat einen ganz rüstständigen Beschluß gefaßt...

Dinglingen, 4. März. Die Gemeinde übernimmt das Anwesen und die Einrichtung der Griesenbrauerei zum Preise von 950 000 M...

Genossenschaftsbewegung.

Konsumverein für Baden-Baden und Umgebung. Die ersten sechs Monate des Geschäftsjahres 1919/20 brachten unserer Genossenschaft weitere 1136 Mitglieder...

Der am 12. ds. Mts. abends 7 1/2 Uhr im Saale der Brauerei Meier in Baden-Baden stattfindenden Halbjahresgeneralversammlung wird ein Antrag der Gesamtverwaltung zur Beschlußfassung vorliegen...

Wahnen die un- Gebapsteln an anderes erwid- evision des Zeit-

gestellt werden muß. Es würde ein großer Triumph für die Reaktionäre bedeuten, wenn sich etwa nach der Beratung des Herrn Dr. Wirth ergeben sollte...

Neue Eingänge im badischen Landtag. Im badischen Landtag haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller, Schoppe und Gen. eine förmliche Anfrage über die Berechtigung des Zivildienstverweigerers eingebracht...

Zur Wiederaufnahme des Sonntagsverkehrs. Die in den letzten Tagen in einem Teil der badischen Tageszeitungen enthaltene Nachricht, daß die Wiederaufnahme des Personenverkehrs in Baden an Sonn- und Feiertagen für die allernächste Zeit in Aussicht genommen sei...

Die Auszahlung der Feuerungsbeiträge. Ein Lehrer schreibt uns: In Nummer 53 unseres Parteiprogramms findet daselbst eine 2. Abschnittszahlung auf die im 3. Abschnitt bewilligten neuen Feuerungszulagen an...

Zonas stand im gleichen Augenblick in einer Vorstadt-kneipe, klopfte einen Watsch aus den Rippen und ahmte Tierstimmen nach. Dann ging er einsameln. Die Wirtin schenkte ihm ein Stück Brot mit Wurst...

So war er bereits durch fünf Wirtschaften gezogen und jedesmal nahm ihm die Zigeunerin sofort alle Münzen ab. Nun kamen sie an eine große Eckkneipe, in der reges Leben herrschte...

Reise schritt der Burische über die Straße hinweg, ging schneller und verschwand dann laufend in der Richtung gegen den Strom, um über die Brücke zu entfliehen.

Der Tod des Alten, die Schwärze des Weibes. Mücke und Prigel des Stämmigen hatten ihn an einem einzigen Tag in undig gemacht.

Schritt breitpurig, die Hände in die Hosentaschen verfenkt, und mit dem Gelde klammernd wie die Gründer seines Stammes, in die Nacht hinaus. Ohne zu rasten bis tief in den Tag hinein.





